

Länder fordern eine Milliarde Euro Flüchtlingshilfe zusätzlich; Vor dem Flüchtlingsgipfel im Kanzleramt fordern die Länder eine deutliche Aufstockung der Bundesmittel. Olaf Scholz müsse die Flüchtlingskosten zur "Chefsache" machen.

ZEIT-online

Mittwoch 10. Mai 2023 1:13 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlingsgipfel; Ausg. 1

Length: 664 words

Byline: Fabian Albrecht

Body

Die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten haben die Bundesregierung vor dem **Flüchtlingsgipfel** im Kanzleramt zu einer deutlichen Aufstockung der Bundesmittel für die Unterbringung und Integration von **Geflüchteten** aufgerufen. "Der Bund wird für das Jahr 2023 die **Flüchtlingspauschale** an die Länder um eine Milliarde Euro erhöhen, damit die Länder dabei unterstützt werden, ihre Kommunen zusätzlich zu entlasten und die Digitalisierung der Ausländerbehörden zu finanzieren", fordern die Länder in einem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK), der ZEIT ONLINE vorliegt. Die Folgen des russischen Angriffskrieges stellten Länder und Kommunen vor große Herausforderungen, schreiben die Länderchefs darin.

Bei dem Treffen im Kanzleramt wollen Bund und Länder nun über die weitere Organisation der Flüchtlingsunterbringung beraten. Angesichts der in den vergangenen Monaten wieder deutlich gestiegenen Zahlen an Geflüchteten aus arabischen und afrikanischen Ländern und der Aufnahme Hunderttausender Ukrainerinnen und Ukrainer fordern die Städte und Gemeinden seit Monaten mehr Geld vom Bund. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) lehnt das bislang ab.

Weil hofft auf konkrete Ergebnisse

Das Gremium der Landesregierungschefs hat sich vor dem Gipfel im Kanzleramt getroffen. "Wir wollen heute versuchen, die Bundesregierung zu überzeugen, dass Hilfen für die Kommunen zwingend nötig sind", sagte der aktuelle MPK-Vorsitzende, Niedersachsens Regierungschef Stephan Weil (SPD), nach den Beratungen mit seinen Amtskollegen.

Er hoffe, dass der Gipfel für das laufende Jahr konkrete Ergebnisse bringen könnte, sagte Weil. Die Frage der Finanzierung von Unterbringung und Integration der geflüchteten Menschen stelle sich aber auch für die kommenden Jahre. Der Finanzbedarf lasse sich dabei nicht, wie vom Bund vorgesehen, durch pauschale Jahreszahlungen erlassen. Es brauche ein "atmendendes" und "dynamisches" System, das sich an der Zahl der

Länder fordern eine Milliarde Euro Flüchtlingshilfe zusätzlich Vor dem Flüchtlingsgipfel im Kanzleramt fordern die Länder eine deutliche Aufstockung der Bundesm....

aktuell zu versorgenden Menschen orientiere, sagte Weil. Diese Zahl schwanke sehr stark und habe im vergangenen Jahr wieder stark zugenommen.

Wüst sieht den Bund in der Verantwortung

Ähnlich äußerte sich der stellvertretende MPK-Chef, Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst. "Es geht bei der Frage der Flüchtlingsfinanzierung nicht um Rechentricks, sondern um politische Verantwortung", sagte der CDU-Politiker. Die Länder würden die Forderung der Kommunen, dass der Bund die Kosten der Unterbringung komplett tragen solle, unterstützen, sagte Wüst. "Weil der Bund über die Steuerung des Zuzugs entscheidet, muss er auch die finanzielle Verantwortung für die Folgen seiner Entscheidung tragen." Der Kanzler müsse das Thema "jetzt zur Chefsache machen, Verantwortung übernehmen und Führung zeigen", sagte Wüst.

Die Bundesregierung habe bei dem Thema bedauerlicherweise kein ausreichendes Problembewusstsein gezeigt, kritisierte Wüst. Wenn man den Menschen, die in Deutschland Schutz suchten, gerecht werden wolle, müsse aber jede Ebene des Staates ihre Verantwortung tragen. Die Länder seien sich in ihrer Position parteiübergreifend einig, sagten sowohl der Christdemokrat Wüst als auch der Sozialdemokrat Weil.

Länder fordern Reduzierung "irregulärer Migration"

Abgesehen von den akuten finanziellen Fragen forderten die Ministerpräsidentinnen auch langfristig einen Kurswechsel in der Migrationspolitik. "Um Bund, Länder und Kommunen zu entlasten, ist die irreguläre Migration spürbar zu reduzieren", schreiben die Länderchefs in ihrem Papier.

Dabei sei auch die künftige Migrationspolitik der EU entscheidend, sagte Weil vor dem Treffen. Der Niedersachsen forderte unter anderem Rücknahmeabkommen mit Ländern, deren Bürger in der EU in der Regel kein Asyl bekommen. Außerdem müsse konsequenter abgeschoben werden und die Digitalisierung in den Ausländerbehörden vorangetrieben werden. Das Vorhaben der Bundesregierung, Asylverfahren an den EU-Außengrenzen zu ermöglichen, würden die Länder unterstützen, sagte Weil.

Load-Date: May 10, 2023

Annalena Baerbock rechtfertigt EU-Asylbeschluss; "Ich will nicht sagen, das war alles super": Außenministerin Annalena Baerbock hat den EU-Asylkompromiss vor Grünendelegierten als "51:49"-Entscheidung verteidigt.

ZEIT-online

Samstag 17. Juni 2023 1:34 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Die Grünen; Ausg. 1

Length: 727 words

Byline: Sven Crefeld

Body

Daniel Roland

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock beim Kleinen Parteitag der Grünen in Bad Vilbel

Außenministerin Annalena Baerbock hat auf dem kleinen Parteitag der Grünen den innerparteilich stark umstrittenen EU-Kompromiss zur **Asylpolitik** verteidigt. "Ich will nicht sagen, das war alles super", sagte die Grünenpolitikerin vor etwa 100 Delegierten in Bad Vilbel. "Auch mich hat es zerrissen", sagte sie. Es sei eine ganz schwierige Abwägung gewesen, für sie sei "die Waage bei 51:49".

Baerbock kritisierte besonders, dass es nicht gelungen sei, zumindest Ausnahmen für Kinder für die umstrittenen EU-Grenzverfahren mit haftähnlichen Aufnahmezentren zu erreichen. Deutschland sei in dieser Frage jedoch weitgehend isoliert gewesen. Es habe die Gefahr bestanden, dass sich manche Länder in der **Flüchtlingspolitik** an gar keine Regeln mehr halten und "dass Europa wieder in nationalstaatliche Vorgehensweisen zerfällt", sagte sie.

Sie habe daher bei der Flüchtlingspolitik auch als Europaministerin verhandeln müssen, sagte Baerbock. Das Ergebnis sei eine Zumutung, aber "es ist mein Job, mir genau das zuzumuten". Als positiv wertete die Ministerin, dass es zumindest gelungen sei, eine begrenzte Ausweitung des europäischen Verteilmechanismus für Geflüchtete zu vereinbaren. "Wir stehen weiter ein für die Menschenrechte", sicherte Baerbock zu.

Teil des nun vereinbarten Kompromisses sei, dass künftig 30.000 statt wie derzeit 3.000 Flüchtlinge über diesen Mechanismus verteilt würden, sagte Baerbock und erklärte: "Das war für mich der Punkt, wo ich sage, wir haben im Vergleich zum Status quo eine kleine Verbesserung." Zudem habe die Gefahr bestanden, dass Europa in nationalstaatliche Antworten bei Flucht und Migration ver falle.

Die EU-Innenminister hatten am 8. Juni mit einer ausreichend großen Mehrheit für umfassende Reformpläne gestimmt. Asylanträge von Migrantinnen und Migranten, die aus Herkunftsländern mit einer Anerkennungsquote von weniger als 20 Prozent stammen, sollen demnach bereits an den EU-Außengrenzen innerhalb von zwölf

Annalena Baerbock rechtfertigt EU-Asylbeschluss "Ich will nicht sagen, das war alles super": Außenministerin
Annalena Baerbock hat den EU-Asylkompromiss vor Grü....

Wochen geprüft werden. In dieser Zeit will man die Schutzsuchenden verpflichten, in haftähnlichen Aufnahmeeinrichtungen zu bleiben. Wer keine Chance auf Asyl hat, soll umgehend zurückgeschickt werden.

Die Grünen formulierten nun bei dem kleinen Parteitag Wünsche für die weiteren europäischen Verhandlungen zum EU-Asylrecht. Mit deutlicher Mehrheit stützten die Delegierten einen Antrag des Bundesvorstandes, in den zuvor allerdings schon zahlreiche Änderungen von Kritikern der Entscheidung aus Luxemburg integriert worden waren. Beispielsweise sollen demnach Familien mit Kindern grundsätzlich nicht in Asyl-Schnellverfahren an den EU-Außengrenzen kommen und EU-Staaten nicht zur Durchführung solcher Grenzverfahren verpflichtet werden.

"Wir wollen ein effektives Menschenrechtsmonitoring an den Außengrenzen und eine verbindliche Verteilung in den Mitgliedsstaaten", heißt es in dem Antrag. "Dafür werden wir in enger Abstimmung zwischen Europafraktion, Bundestagsfraktion, Bundespartei und Regierungsmitgliedern kämpfen. Auch das Ergebnis werden wir gemeinsam bewerten."

Haßelmann beklagt "furchtbare Zustände" im Mittelmeer

Innerhalb der Partei gebe es unterschiedliche Einschätzungen zum EU-Asylkompromiss, sagte Britta Haßelmann, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, bei phoenix. Bei den Grünen hätten alle das gleiche Ziel: "Uns eint, dass uns eine humanitäre Politik für Geflüchtete und Menschenrechte ein ganz zentrales Anliegen ist. Niemand von uns will sich mit den furchtbaren Zuständen, den Rechtsverstößen und dem Sterben im Mittelmeer abfinden", sagte Haßelmann. Nun müsse möglichst schnell ein Migrationsabkommen umgesetzt werden; das Konzept der sicheren Herkunftsländer sei für die Grünen nicht das passende, sagte sie.

Schleswig-Holsteins Sozialministerin Aminata Touré wandte sich in einer emotionalen und bejubelten Rede gegen die von Baerbock mitgetragene Entscheidung der EU. "Sie schmerzt mich, sie enttäuscht mich", sagte die Ministerin. Es seien "Menschen wie meine Familie vor 30 Jahren", sagte Touré, "und deshalb ist es für mich persönlich." Tourés Eltern waren nach einem Putsch im westafrikanischen Mali nach Deutschland geflohen. So klare Worte wie sie fanden wenige Kritiker.

Load-Date: June 17, 2023

Winfried Kretschmann verteidigt Asylverfahren an EU-Außengrenzen; Den Vergleich von gesicherten Bereichen an den EU-Grenzen mit Gefängnissen findet der Grünenpolitiker nicht gerechtfertigt. Es stehe den Geflüchteten frei, umzukehren.

ZEIT-online

Donnerstag 15. Juni 2023 1:11 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Grüner Ministerpräsident; Ausg. 1

Length: 372 words

Byline: Winfried Kretschmann

Body

Chris Emil Janßen

IMAGO / Chris Emil Janßen 1030. Sitzung des Bundesrates - Sitzung Bundesrat in Berlin - Winfried Kretschmann, Ministerpräsident Baden-Württemberg, bei seiner Ankunft im Bundesratsgebäude; 1030. Sitzung des Bundesrates - Sitzung Bundesrat in Berlin - Winfried Kretschmann,

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat die EU-Einigung auf verschärfte Asylverfahren energisch verteidigt. Arbeitsmigration müsse legalisiert, aber irreguläre Migration eingedämmt werden, sagte der Grünenpolitiker in der Nacht zu Donnerstag in der ZDF-Sendung *Markus Lanz*. Auch wenn es noch keinen echten Verteilmechanismus gebe, sei der Kompromiss ein sehr guter Anfang.

Angesprochen auf die Kritik, dass die Migranten an den EU-Außengrenzen wie in Gefängnissen leben sollen, entgegnete er: "Man kann so was natürlich immer mit solchen Verbalinjuriern belegen." Es sei aber keine Haft, sagte Kretschmann. "Die Leute können ja zurück. Das ist doch keine Haft." Das Asylrecht sei der Vereinbarung zufolge weiter gewährleistet.

Der Kompromiss sei der Beginn dessen, dass alle Verantwortung übernehmen müssten in Europa, sagte Kretschmann in der Sendung. Wenn Deutschland zum Schluss das einzige Land sei mit einer liberalen Flüchtlingspolitik, alle dorthin wollten und alle anderen zumachen, dann "platze" es irgendwann und funktioniere nicht mehr.

Nach dem EU-Beschluss ist unter anderem ein härterer Umgang mit Migranten ohne Bleibeperspektive vorgesehen. So sollen Menschen aus als sicher geltenden Ländern künftig nach dem Grenzübertritt unter haftähnlichen Bedingungen in streng kontrollierte Einrichtungen kommen auch Familien mit kleinen Kindern. Dort soll dann innerhalb von zwölf Wochen geprüft werden, ob die Antragsteller Chancen auf Asyl haben. Wenn nicht, sollen sie umgehend zurückgeschickt werden.

Winfried Kretschmann verteidigt Asylverfahren an EU-Außengrenzen Den Vergleich von gesicherten Bereichen an den EU-Grenzen mit Gefängnissen findet der Grünenpol....

Die Bundesregierung hatte sich in den Verhandlungen dafür eingesetzt, dass Familien mit minderjährigen Kindern von den sogenannten Grenzverfahren ausgenommen werden. Um den Durchbruch zu ermöglichen, musste Deutschland letztlich akzeptieren, dass dies doch möglich sein könnte. Auch die Partei- und Fraktionsspitzen der Grünen sind sich nicht einig, wie diese Entscheidung zu bewerten ist.

Load-Date: June 15, 2023

End of Document

"Das grenzt an Geschichtsklitterung"; Politiker fordern einen neuen Asylkompromiss. Dabei habe der die Rechtsradikalen in Deutschland langfristig gestärkt, kritisiert der Historiker Patrice G. Poutrus.

ZEIT-online

Freitag 20. Oktober 2023 4:33 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylpolitik; Ausg. 1

Length: 2503 words

Byline: Christian Bangel

Body

In den frühen Neunzigerjahren brach überall in Deutschland massive rassistische Gewalt aus. Hoyerswerda, Lichtenhagen, Mölln, Solingen heißen die zu Schlagworten gewordenen Schauplätze der Pogrome und Brandanschläge dieser Jahre. Sie richteten sich vor allem gegen Geflüchtete, aber auch in Deutschland lebende people of color waren betroffen. Die Politik reagierte im Jahr 1993 mit dem sogenannten Asylkompromiss zwischen Union und SPD, der das Grundrecht auf Asyl in Deutschland stark einschränkte. Heute fordern Politiker einen neuen Asylkompromiss, manche gar eine Abschaffung des individuellen Grundrechts auf Asyl.

Der Historiker Patrice G. Poutrus verfolgt diese Debatte mit großer Aufmerksamkeit. Den ersten Teil seines Lebens verbrachte er in der DDR, nach der Wiedervereinigung erlebte er die rassistischen Exzesse im Land als Geschichtsstudent an der Humboldt-Universität. Seit Jahren befasst sich Poutrus mit der Geschichte deutscher Asyldebatten und -politik, 2020 erschien seine Monografie "Umkämpftes Asyl - vom Nachkriegsdeutschland bis in die Gegenwart". Derzeit hält er eine Gastprofessur an der TU Berlin. Wir treffen ihn in einer Bibliothek auf dem Campus.

ZEIT ONLINE: Herr Poutrus, viele Politiker, unter ihnen der Bundespräsident, fordern dieser Tage eine Neuauflage des Asylkompromisses von 1992/93. Was halten Sie davon?

Patrice G. Poutrus: Offen gesagt: So etwas zu fordern, ohne gleichzeitig über die damalige Welle rassistischer Gewalt und ihre Ursachen zu sprechen, grenzt schon an Geschichtsklitterung.

ZEIT ONLINE: Wieso?

Poutrus: Man kann doch nicht einfach das große Problem dieser Zeit verschweigen, nämlich dass Gewaltexzesse wie in Lichtenhagen und Solingen fast zu einem eigenen politischen Argument wurden. Damals brannten Flüchtlingsunterkünfte und konservative Politiker stellten sich danach hin und sagten: Es brennt, weil ihr, die SPD, nicht in den Asylkompromiss einwilligen wollt. Was, wie wir heute wissen, schon deshalb nicht stimmte, weil das Brennen von Flüchtlingsunterkünften und von Häusern, in denen Migranten lebten, auch nach dem Asylkompromiss nicht aufhörte.

"Das grenzt an Geschichtsklitterung" Politiker fordern einen neuen Asylkompromiss. Dabei habe der die Rechtsradikalen in Deutschland langfristig gestärkt, kriti....

ZEIT ONLINE: Woran lag es dann?

Poutrus: Es gibt in der Bundesrepublik ein Auf und Ab der rassistischen Brandanschläge und Übergriffe, und dieses Auf und Ab korrespondiert weniger mit der Entwicklung der Asylbewerberzahlen als eher damit, wie in Deutschland über Migration diskutiert wurde.

ZEIT ONLINE: Woran machen Sie das fest?

Poutrus: Schauen Sie zum Beispiel auf die Spätaussiedler. In den Achtzigerjahren ist in der öffentlichen Debatte eine Art magische Grenze entstanden: Alles jenseits von 100.000 Einwanderern pro Jahr galt als untragbare Überforderung. Und trotzdem kamen in der zweiten Hälfte der Achtziger auch mehrere Hunderttausend Spätaussiedler in die Bundesrepublik. Selbst mitten in der sogenannten Asylkrise im Jahr 1992 war ihre Zahl höher als die der Asylanträge. Diese Masseneinwanderung wurde bei der Überlastungsdebatte aber einfach nicht mitdiskutiert, obwohl natürlich auch diese Zuwanderer die Kommunen in hohem Maße beanspruchten. Aber kaum jemand protestierte gegen die Spätaussiedler. Das hatte vor allem damit zu tun, dass diese Zuwanderung im Gegensatz zu den Asylanträgen politisch gewollt war.

ZEIT ONLINE: Heute geht die Angst vor der AfD um - Anfang der Neunziger gab es die rechtsradikalen Republikaner. Nach dem Asylkompromiss schnitten sie bei Wahlen wieder deutlich schlechter ab als davor, das war doch ein Erfolg, oder?

"Das sind allerbeste Voraussetzungen für einen florierenden Rassismus"

Poutrus: Nein, denn in den Jahren danach erstarkten besonders im Osten dafür NPD und DVU. Die hysterische Abwehr von Flüchtlingen, wie sie damals die Debatten bestimmte, delegitierte letztlich auch die Anwesenheit jener Menschen mit Migrationsgeschichte, die schon da sind. Das sind allerbeste Voraussetzungen für einen florierenden Rassismus. In Rostock-Lichtenhagen waren nach den Asylbewerbern vor allem ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter das Ziel. Die lebten und arbeiteten dort schon seit Jahren. Hier liegt auch der Zusammenhang zwischen 1993 und dem NSU. Diese Mordbande radikalisierte sich nach dem Asylkompromiss und nahm dabei an, staatliche Institutionen und Teile der Gesellschaft stünden heimlich auf ihrer Seite - womit sie ja lange Zeit auch durchaus recht hatte.

ZEIT ONLINE: Wie kam es eigentlich dazu, dass Anfang der Neunzigerjahre die Zahl der Asylbewerber in Deutschland so stark anstieg?

Poutrus: Das hatte vor allem mit den Balkankriegen zu tun, in dessen Folge mehr als 700.000 Menschen das frühere Jugoslawien verließen, etwa die Hälfte von ihnen nach Deutschland. Zudem kamen viele weitere Menschen nach Deutschland, die in den kommunistischen Gesellschaften längst auf gepackten Koffern gesessen hatten, vor allem Sintize und Romnaje aus Rumänien und Bulgarien, die vor Diskriminierungen und Pogromen in ihren Herkunftsländern flohen.

ZEIT ONLINE: Und wann sanken diese Zahlen?

Poutrus: Ab 1993. Die brisante Frage ist: warum? Der Rückgang fällt zusammen mit der Einschränkung des Grundrechts auf Asyl in Deutschland, aber ungefähr zu dieser Zeit stabilisierte sich auch die politische und wirtschaftliche Lage in Mittelosteuropa merklich. Der Balkankrieg endete. Und erst ab 1995 wurden in der Statistik Erst- und Folgeanträge separat ausgewiesen, was die Zahlen ebenfalls sinken ließ.

"Damals ging es um etwa 10.000 Anträge im Jahr"

ZEIT ONLINE: Und dennoch war damit die Debatte um das Asylrecht bis Mitte der Zehnerjahre befriedet.

Poutrus: Man sollte nicht glauben, dass in dieser Frage Frieden herrscht, wenn nur die Zahlen niedrig sind. Als die bundesdeutsche Asyldebatte Mitte der Siebzigerjahre richtig Fahrt aufnahm, waren die Zahlen so niedrig, wie wir uns das heute gar nicht mehr vorstellen können. Damals ging es um etwa 10.000 Anträge im Jahr.

"Das grenzt an Geschichtsklitterung" Politiker fordern einen neuen Asylkompromiss. Dabei habe der die Rechtsradikalen in Deutschland langfristig gestärkt, kriti....

ZEIT ONLINE: Warum so wenige? Damals gab es doch auch Krieg und Verfolgung.

Poutrus: Da muss man ein wenig ausholen. Die Bundesrepublik hatte im Jahr 1953 von den Westalliierten die Entscheidungsgewalt über das Asyl übertragen bekommen. Die Regierung von Konrad Adenauer (CDU) verabschiedete darauf eine äußerst restriktive Asylverordnung, die das ganze Gegenteil der offenen Asylnorm im Grundgesetzes war. Erst Mitte der Siebzigerjahre brachten mehrere Grundsatzentscheidungen von obersten Gerichten den Anspruch des Grundgesetzes und die Rechtspraxis zusammen. Das war genau zu der Zeit, als in der Bundesrepublik die Ausländerdiskussion begann: Ist die Bundesrepublik ein Einwanderungsland, ja oder nein? Die Debatten um Asyl und die Frage, was für eine Gesellschaft die Bundesrepublik eigentlich sein will, sind nie voneinander getrennt gewesen.

ZEIT ONLINE: Was wurde da verhandelt?

Poutrus: Es ging immer um die Frage, will man eine offene, liberale Gesellschaft, in der Bürger- und Menschenrechte das Primat haben, mit entsprechenden Konsequenzen für die Migrations- und die Asylpolitik? Oder kämpft man um eine homogene Gesellschaft, mit entsprechend ausgerichteter Kultur, Geschichtsschreibung und vor allem mit vermeintlich einheitlicher Abstammung der Bevölkerung? Das sind die beiden Pole, zwischen denen es viele Mischpositionen gibt.

"Diese Homogenität existierte nur zu einem ganz kurzen Zeitpunkt"

ZEIT ONLINE: War denn eine homogene Gesellschaft nach der Ankunft der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter nicht schon längst eine Schimäre?

Poutrus: Natürlich. Diese Homogenität existierte ohnehin nur zu einem ganz kurzen Zeitpunkt nach Ende des Zweiten Weltkriegs, als ganz Europa ethnisch homogen war wie nie zuvor und danach. Das war eine direkte Folge von NS-Herrschaft, Zweitem Weltkrieg und Holocaust sowie der sich daran anschließenden großen ethnischen Säuberungen - und dennoch wurde dieser Zustand von vielen idealisiert. Vielen war auch der Asylkompromiss von 1993 noch zu lasch. In der Union gab es damals nicht wenige, die für die gänzliche Abschaffung des individuellen Asylrechts waren. Insofern war die Verfassungsänderung von 1993 tatsächlich ein Kompromiss zwischen einem offenen, liberalen Gesellschaftsentwurf auf der einen Seite und einer politischen Praxis, die restriktiv ist und rassistische Gewalt verharmlost, auf der anderen Seite. Ich nenne das die innere Gründung der Berliner Republik, weil damit die zentrale Konfliktkonstellation im vereinten Deutschland nicht gelöst wurde, sondern es die politische Kultur des Landes auf Dauer geprägt hat und es weiter tut.

ZEIT ONLINE: Auch dieser Tage befürworten Politiker eine Einschränkung, manche gar eine Abschaffung des individuellen Asylrechts - allerdings eher, weil die Belastungsgrenze bei der Aufnahmefähigkeit der Kommunen erreicht sei.

Poutrus: Ich finde diese Argumentation unaufrichtig. Natürlich fordert Migration eine Gesellschaft heraus und die Kommunen trugen und tragen die größte Last bei der Aufnahme der Geflüchteten. Aber der Grund, warum die Kommunen am Rand ihrer Möglichkeiten sind, hat wenig mit dem Thema Asyl zu tun. Die Städte und Gemeinden sind seit Jahrzehnten die Verlierer der Finanzordnung der Bundesrepublik. Es wäre höchste Zeit, endlich eine Reform der Kommunalfinanzen anzugehen, die eine tatsächliche Entlastung bedeuten würde.

ZEIT ONLINE: Aber es geht ja nicht nur um Geld. Es fehlt auch an Personal und Wohnraum, um die Menschen aufzunehmen und zu versorgen.

Poutrus: Man könnte auch sagen: All diese Fragen sind wichtig genug, um sie wirklich mal anzugehen. Wir brauchen ohnehin jährlich eine sechsstellige Zahl an Zuwanderern, die ebenfalls Wohnraum und Betreuung beanspruchen werden. Aber viele der Kapazitäten, die 2015/16 entstanden, um die Geflüchteten zu versorgen, sind wieder abgebaut worden. Stattdessen wird behauptet, dass die Lösung für all diese Fragen in der Einschränkung oder Abschaffung des Asylrechts liegt. Die echten Probleme werden nicht angegangen. Das ist eine Gestaltungsvermeidungsstrategie.

"Das grenzt an Geschichtsklitterung" Politiker fordern einen neuen Asylkompromiss. Dabei habe der die Rechtsradikalen in Deutschland langfristig gestärkt, kriti....

ZEIT ONLINE: Man könnte das eine tun, ohne das andere zu lassen.

Poutrus: Das passiert aber nicht. Die Argumente und Vorschläge, die aus der Politik kommen, sind dieselben wie vor dreißig Jahren: Die Lebensbedingungen der Geflüchteten zu verschlechtern, die Aufnahme zu externalisieren, möglichst hohe Zahlen von Abschiebungen herbeizuführen. Die Vorstellung, man könne quasi einen Knopf drücken, um die Asylzahlen zu senken, ist falsch, genauso wie die Vorstellung, dass es wirtschaftliche Pull-Faktoren gäbe.

ZEIT ONLINE: Die gibt es nicht?

Poutrus: Nein, diese Annahme ist wissenschaftlich vollkommen unbelegt. In der Europäischen Union liegt eine Attraktivität, aber die besteht in der liberalen Demokratie und nicht in Geldzahlungen. Fluchtmigration ist eine Reaktion auf gesellschaftliche Verhältnisse in den Herkunftsländern. Die Menschen wollen ein gewisses Maß an Ordnung, und Sicherheit und Freiheit. Und wenn sie das in ihren Ländern nicht finden, dann sind Fluchtbewegungen - die in den allermeisten Fällen gar nicht nach Europa führen - kaum aufzuhalten. Sich vehement dagegen abzuschirmen, statt sie zu gestalten, hat nicht nur was Don-Quichotte-haftes, sondern macht die Probleme in aller Regel größer, als sie wirklich sind.

"Langfristig führt das eine Gesellschaft fast zwangsläufig ins Autoritäre"

ZEIT ONLINE: Sie sagen, man könnte die Zahl der Asylbewerber nur beschränken, wenn man Demokratie und Menschenrechte einschränken würde?

Poutrus: Weil, wie gesagt, Demokratie und Menschenrechte die tatsächlichen Ursachen dafür sind, dass Menschen in Europa Schutz suchen. Wenn nun diese Attraktivität beseitigt werden soll, die ja auch Stabilität und Wohlstand nach Europa brachten, dann richtet sich dieses Bemühen direkt gegen die normativen Grundlagen der Demokratie. Es ist jedenfalls eine Illusion, dass wir in Deutschland vor einem großen Steuerpult sitzen und nur ein paar Knöpfe drücken müssen, um die Fluchtmigration nach Europa zu senken. Meine These ist deshalb: Langfristig führt dieses Vorhaben eine Gesellschaft fast zwangsläufig ins Autoritäre.

ZEIT ONLINE: Das müssen Sie genauer erklären.

Poutrus: Weil mit zunehmender Erfolglosigkeit beim Abschotten Frustration geschürt wird, die Vorstellung, dass vermeintlich übertriebene Humanität das Problem ist, oder gleich die Verfassung zu liberal. Und wenn man das alles konsequent beiseite räumt, dann ist man bei autoritärer Herrschaft. Auch dafür übrigens ist die Zeit unmittelbar vor dem Asylkompromiss ein gutes Beispiel. Der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) drohte seinerzeit recht unverhohlen mit einem Verfassungsbruch: Wenn die SPD nicht einlenke, dann werde er sich so verhalten, als ob die einschlägigen Grundgesetz-Artikel geändert worden wären. Ein Teil des Asylkompromisses war es, zu verhindern, dass die Regierung Kohl eine Art Staatsnotstand ausruft. Durch solche Politik werden die Menschenfeinde und Antidemokraten in unserer Gesellschaft eher bestätigt.

ZEIT ONLINE: Aber was macht es umgekehrt mit einer Bevölkerung, der Sie jahrzehntelang erzählt haben, Sie können das steuern - und ihr jetzt sagen müssen, dass Sie gar nicht den einen Hebel haben?

Poutrus: In der Asylpolitik wird gern davon gesprochen, dass es Zeit wäre, sich ehrlich zu machen. Hier wäre nach meiner Auffassung Gelegenheit dafür. Auch ist es doch nicht so, dass eine abschottende Asyl- und Migrationspolitik die Gesellschaft befrieden würde. Im Gegenteil, es drohen weitere scharfe innenpolitische Auseinandersetzungen, weil es natürlich auch viele Menschen geben wird, die sagen werden: Das ist menschenfeindlich, das ist nicht mein Land, das ist Verrat am humanistischen Erbe der Aufklärung. Was wiederum die radikalen Verfechter von Abschottung und Homogenität nicht hinnehmen werden.

ZEIT ONLINE: Gerade sind auf den Straßen keine großen Pro-Flüchtlings-Demonstrationen zu sehen.

Poutrus: Es gibt unter denen, die bei der Flüchtlingsaufnahme 2015 und 2016 geholfen haben, viele, die politisch völlig erschöpft sind. All das Gerede von der Flüchtlingskrise, die sich nicht wiederholen dürfe, ist wie ein

"Das grenzt an Geschichtsklitterung" Politiker fordern einen neuen Asylkompromiss. Dabei habe der die Rechtsradikalen in Deutschland langfristig gestärkt, kriti....

Faustschlag ins Gesicht dieser Leute, die damals die Bundesrepublik vor einer humanitären Katastrophe bewahrt haben, weil Institutionen nicht handeln wollten oder schlicht versagt haben. Ihnen wird jetzt gesagt, Humanismus und die Bereitschaft, Menschenleben zu retten, seien der Grund dafür, dass der Staat überfordert ist. Diese Menschen bekommen keine gesellschaftliche Anerkennung, und das ist ein furchtbares Versäumnis, gerade für den Bestand der Demokratie in diesem Land.

Jan Bauer Jugendliche während des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen, 27.8.1992 Jan Bauer Jugendliche während des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen, 27.8.1992

Load-Date: October 20, 2023

End of Document